

## **Das Bulletin von Baden-Baden**

### **Eine Erklärung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG)**

Baden-Baden, die Kur- und Medienstadt, die Kunst-, Fest- und Glücksspielstadt zog von jeher ein internationales, weltoffenes und mondänes Publikum an. Wir, die Deutsch-Israelische Gesellschaft sind stolz, mit unserer hier ansässigen Arbeitsgemeinschaft seit vielen Jahren ein tolerantes und gebildetes Publikum zu erreichen, das neben den politischen Aspekten des deutsch-israelischen Dialoges auch Freude am Genuss erfährt: Kunst und Essen und Trinken aus Israel hat die langjährige Vorsitzende in Baden-Baden Barbara Hoffs schon oft zum Thema ihres Engagements gemacht.

Mit der Wahl Baden-Badens als Ort unserer diesjährigen Hauptversammlung möchte die Deutsch-Israelische Gesellschaft ein Zeichen setzen: Wie die Stadt, in der wir uns heute treffen, stehen auch alle Mitglieder der DIG für Toleranz, Weltoffenheit und internationale Verständigung.

Dennoch will es mehr denn je scheinen, dass die Attribute einer offenen Gesellschaft abgewertet werden. Rechte Schläger auf der Frankfurter Buchmesse, Neu- und Altbürger, die nicht akzeptieren, dass das Bekenntnis zu Israel Teil unseres Selbstverständnisses ist, Politiker, die den Holocaust leugnen – all dies führt bei nachdenklichen und allemal bei den betroffenen Bürgern zu Angst, Irritation, ja, der Überlegung, Deutschland zu verlassen. Das gilt in erschreckendem Maße für die in Deutschland ansässigen Juden, die doch gerade erst wieder ihre Koffer ausgepackt zuhatten.

Nicht besser wirkt das internationale Szenario. Rechtsruck in Nachbarländern, ein unberechenbarer Regierungschef jenseits des Atlantik, autokratische Präsidenten in Russland und der Türkei, UNO-Organisationen, die nicht die Lösung des Problems sondern dessen Ursache sind – und Nachbarn Israels, der einzigen Demokratie im Nahen Osten, die einstige Friedensabkommen nicht mehr respektieren, die „regieren“ mit einem Präsidenten ohne politische Legitimation und erodierende Staaten: Es scheint, als seien wir alle auf abschüssiger Straße.

Im Bewusstsein dieser Sorge fordern wir, die Delegierten von Baden-Baden

- das Bekenntnis zu Israel, seinen Staatsgrenzen und seiner Sicherheit weiterhin und mit aller Konsequenz nicht nur als Staatsräson unangetastet zu lassen – auch und vor allem angesichts der veränderten politischen Zusammensetzung von deutschen Parlamenten – sondern dieses Bekenntnis laut und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Dazu gehört auch die überfällige Überprüfung der Mitgliedschaft Deutschlands in der UNESCO. Ebenfalls gehört dazu eine Generalrevision der UNWRA, die palästinensische „Flüchtlinge“ unterstützt, indem sie deren Status für alle Zeit nach den Regeln des Erbrechts aufrechterhält und so die eigene Existenz rechtfertigt.
- der historischen Verantwortung gerecht zu werden, indem wir jegliche „Schlussstrichdebatte“ verurteilen, in dem wir die Gegenwart und ihre seit 1945

nicht mehr dagewesenen Auswüchse auf Straßen und an Rednerpulten mit aller Sorgfalt beobachten, und diese Auswüchse benennen, als das, was sie sind: kriminelle Handlungen, die der Strafverfolgung ausgesetzt werden müssen. Er muss ein Schlussstrich unter die Schlussstrichdebatte gezogen werden!

- Antizionismus anzuprangern, denn Antizionismus ist Antisemitismus. Israel als größte jüdische Gemeinschaft einer Ungleichbehandlung gegenüber anderen Staaten zu unterwerfen entbehrt jeder Legitimation. Daher fordern wir das Ende der BDS-Kampagne, die israelische Produkte diffamieren und unter Umgehung von gültigen Handelsabkommen mit Steuern belasten möchte. Wer israelische Produkte verbannen möchte, diskreditiert ihre Hersteller, vernichtet - zumeist palästinensische - Arbeitsplätze und scheut sich nicht, fatale historische Parallelen zu schaffen: „Kauft nicht beim Juden“.
- eine Generation heran zu ziehen, die, ungeachtet ihrer pluralen Herkunft, unsere gemeinsamen und nicht verhandelbaren Werte teilt. Dazu gehört eine Revision des Israelbildes in deutschen Schulbüchern, an der wir mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes schon seit geraumer Zeit arbeiten. Dazu gehört die Ächtung von Sportereignissen, die israelische oder jüdische Sportler ausschließen. Dazu gehört weiterhin unsere Forderung nach der Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerkes, das eine gegenseitige Annäherung von jungen Menschen zum Curriculum macht.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft, die in 50 deutschen Städten und Regionen tätig ist, die mehr als 5000 Mitglieder hat, die nicht nur unterstützt wird vom Auswärtigen Amt, sondern auch durch die tätige Mitwirkung von Abgeordneten aller demokratischen Fraktionen des Deutschen Bundestages, wird sich auch in Zukunft einsetzen für die Verständigung beider Länder, für einen Diskurs über alle Religionen und Herkünfte hinweg und für einen Friedensprozess mit dem Ziel einer Zwei Staaten-Lösung für Israel und Palästina. Dabei wird sie unterstützt von der Israelisch-Deutschen Gesellschaft in Israel sowie zahlreichen Organisationen und gesellschaftlichen Kräften in beiden Ländern: Dafür danken wir.

Im kommenden Jahr 2018 feiern wir in Berlin und an vielen deutschen und israelischen Orten den 70. Geburtstag Israels. Im Jahr 2019 werden wir die 70. Wiederkehr unserer eigenen Staatsgründung begehen. Unser Bestreben ist es, diese Anlässe – aber selbstverständlich nicht nur diese - zu nutzen, hierzulande um Verständnis und Empathie für Israel und für die Mitwirkung am Ausbau dieser für uns zentralen Aufgaben zu werben.

Baden-Baden, am 11. November 2017